

Der Produktionsfaktor "Energie"

Trotz Massenentlassungen und ungebrochenem Drang zur Rationalisierung in vielen Produktionsunternehmen aller Industriestaaten berücksichtigt die Politik in ihren steuerpolitischen Überlegungen noch immer fast ausschließlich die beiden traditionellen Produktionsfaktoren u.zw. erstens den Faktor "Kapital" und zweitens den Faktor "Arbeit". Während das Kapital nur sehr zögerlich besteuert wird (wegen der berechtigten Angst vor einer Kapitalflucht ins Ausland bei zu hoher Besteuerung), muß der Faktor Arbeit noch immer den größten Anteil der Steuer- und Pensionsabgabenlast tragen und dementsprechend teuer sind ja dann auch die Personalkosten für die Betriebe. Im Gegensatz dazu wird der dritte, immer wichtiger werdende Produktionsfaktor "Energie" weitgehend von der Besteuerung ausgeklammert und sogar zum Teil subventioniert.

In der Korrektur dieser langjährigen Fehlentwicklung liegt ein wichtiger Ansatz zur Lösung der anhaltenden Problematik der Arbeitslosigkeit und auch der Umweltprobleme in unserer Industriegesellschaft, also mit anderen Worten: es sollten weniger Lohnsteuern und Sozialabgaben kassiert, dafür aber eine höhere Besteuerung der konventionellen Energieträger (Atomstrom, Erdöl, Kohle, Erdgas) vorgenommen werden - mit gleichzeitiger, allerdings nur vorübergehender, steuerlicher Entlastung der erneuerbaren Energien, bis zu ihrer sicheren Markteinführung.

Hierzu ein einleuchtendes Beispiel:

Ob ein Unternehmer z.Bsp. einen Reparaturbetrieb für gebrauchte Staubsauger oder einen Produktionsbetrieb für neue Staubsauger einrichtet, hängt hauptsächlich davon ab, wie hoch einerseits die Personalkosten im Reparaturbetrieb oder die Energiekosten beim automatisierten Produktionsbetrieb sind.

Wer hat sich nicht schon darüber geärgert, daß für die Reparatur eines PC-Druckers, einer Küchenmaschine, eines Fahrrades, eines Handys etc. fast so viel Geld ausgegeben werden muß wie für eine Neuanschaffung? Hier liegt auch der Hauptgrund dafür, daß wir zu der vielbeklagten Wegwerfgesellschaft geworden sind.

Die öffentlichen Arbeitgeber verhalten sich, bei dem Versuch Kosten zu vermeiden, zwangsläufig ähnlich wie die Unternehmer in der freien Wirtschaft: Zu wenig Lehrkräfte, zu wenig Krankenschwestern, zu wenig Richter, zu wenig Polizisten. Gewerbetreibende und Selbständige können, trotz guter Auftragslage, wegen der zu hohen Lohn- und Lohnnebenkosten kein weiteres Personal einstellen, Bauernbetriebe können nicht so nachhaltig, d.h. arbeitsintensiv, wirtschaften wie sie möchten, oder geben ganz auf, weil Lohnpersonal zu kostspielig ist.

Wer profitiert demgegenüber vor allem von den niedrigen Kosten für Energie? Ganz eindeutig die Großindustrie, welche in Automationsbetrieben mit wenig Personal produzieren kann: z.Bsp. die Chemieindustrie, die Pharmaunternehmen, die gesamte automatisierte Produkt-Industrie, die Lebensmittelunternehmen, etc. und natürlich das Transportwesen durch subventionierte fossile Treibstoffe: Flugverkehr, Schifffahrt, Ferntransporter.

Von Interesse ist außerdem, daß die mit Steuergeldern subventionierte atomare und fossile Stromwirtschaft darauf vertrauen kann, daß sie mit den billigen Stromtarifen, die auf erneuerbaren Energien beruhende Stromproduktion ausbremsen kann.

Gegen dieses tatsächliche Komplott, gegen diese gesamte Fehlentwicklung steht das sozio-ökonomische System der Partei Vivant: Drastische Senkung der Lohnnebenkosten und der Lohnsteuer, und um diese Mindereinnahmen ausgleichen, entsprechend hohe Steuereinnahmen über eine sozial gerechte und umweltorientierte neue Konsumsteuer, wie z.Bsp. die Erhöhung der Steuer auf den umweltschädigenden Produktionsfaktor "fossile Energie und Atomstrom".

Die positiven Effekte dieser steuerlichen Umschichtung wären vielfältig:

- . Höhere Nettolöhne der kleinen und mittleren Einkommensklassen.
- . Radikale Senkung der Arbeitslosigkeit durch einen mehrfachen Ansatz:
 - Betriebe werden nicht mehr in Billiglohnländer verlagert
 - Effektive Förderung der Gewerbebetriebe sowie der kleinen u. mittleren Bauernbetriebe
 - Effektive Begrenzung der Schwarzarbeit
 - Große Anzahl neuer Arbeitsplätze durch die Förderung der erneuerbaren Energien
- . Sicherung der Rentensysteme durch die Einnahmen aus der Konsumsteuer und mit progressiver Einführung einer Einheitsrente
- . Bekämpfung des Treibhauseffektes durch einen finanziellen Anreiz zur rationellen Energieverwertung und durch die Markteinführung der erneuerbaren Energien.

Fazit:

Es gibt keinen triftigen Grund, das sozio-ökonomische System der Partei Vivant nicht integral einzuführen. Die Partei Vivant sollte also sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern mit kleinen und mittleren Einkommen als auch von den kleinen und mittleren Unternehmern, den Selbständigen, den Gewerbetreibenden und den Landwirten unterstützt werden. Lediglich die Reichen und die Großverdiener würden mehr als vorher, über die Konsumsteuer, an den gesellschaftlichen Gesamtaufgaben beteiligt. Aber diese höhere, indirekte Besteuerung der Reichen bliebe trotzdem fair, außerdem wollen die Reichen doch auch wie jeder andere - in ihren Kindern- überleben: und das ist der elementarste Grund zum entschlossenen Eintritt in die ökologische Ökonomie.

Joseph Meyer, St.Vith